

Zusammenfassung Workshop 3: Prävention von und Reaktion auf Straßenkriminalität – Von intelligenter Videoüberwachung und wirkungsvoller Prävention

Zu Beginn begrüßte die Moderatorin Frau Prof. Dr. Daniela Pollich (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW) die Teilnehmer*innen und erklärte Aufgaben und Zielsetzung dieses Workshops. Als Einstieg referierten Herr Dr. Nils Hauck (Stadt Mannheim) sowie Herr Polizeidirektor Klaus Pietsch (Polizeipräsidium Mannheim). In ihrer Präsentation beleuchteten sie ein gemeinsam von Polizei und Kommune in Mannheim durchgeführtes Projekt zur Videoüberwachung und erörterten die praktische Durchführung desselben aus den jeweiligen Perspektiven. Zudem gingen sie auf die Verhältnismäßigkeit und die Konzeption dieser Überwachungsform ein. Abschließend gaben die Referenten einen Ausblick, indem sie auf die Entwicklung von algorithmenbasierter Videoüberwachung zu sprechen kamen.

Nach dem Vortrag beantworteten die Referenten Fragen zur Präsentation, die die Moderatorin gleichzeitig als Einstieg in die Erarbeitung von Diskussionsthemen nutzte. Diese Themen wurden anschließend geclustert. Als Überbegriffe entstanden die Punkte Recht, Innovation und Sicherheit in Bezug auf Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Zudem wurde diskutiert, welche Ansprüche an die Erfassung und Messung von Kriminalität als Basis für Aussagen bezüglich der Wirksamkeit von Videoüberwachung gestellt werden müssten. Intensiv auseinandergesetzt haben sich die Teilnehmer*innen des Workshops in einer zweiten Arbeitsphase mit den ersten drei genannten Punkten.

Im **Bereich Recht** wurde über das Polizeigesetz diskutiert. Die je nach Bundesland unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen würden zu unterschiedlichen Wegen in der Ausgestaltung führen. Hier könnte ein einheitliches Muster-Polizeigesetz Verbesserungen herbeiführen. Auch eine Art Info-Board für einen strukturellen Informationsaustausch wurde angeregt. Außerdem wäre ein klares Bekenntnis aus der Politik sowie eine Harmonisierung der rechtlichen Voraussetzungen wünschenswert.

Unter dem **Überbegriff Innovation** in der Videoüberwachung gab es eine Schwerpunktsetzung hinsichtlich der Thematikenameratechnik und Softwareentwicklung. Beides könne und werde in der Zukunft stetig verbessert werden und sich womöglich in mittlerer Zukunft positiv auf die polizeiliche Arbeitsbelastung auswirken. In dem Zuge solle man die Technik als Chance sehen, solange die Rahmenbedingungen für diese vorhanden sind. Auch müsse Klarheit bezüglich der rechtlichen Regelungen gelten. Hier lässt sich erneut auf ein einheitliches Polizeigesetz verweisen.

Ein Zusammenspiel der Akteure Kommune und Polizei ist hier dringend notwendig: so sei es Aufgabe beider, die **Sicherheit** der Bürger*innen zu erhöhen. Dabei sollte jedoch zunächst Klarheit darüber herrschen, ob eher Aspekte der objektiven oder der subjektiven Sicherheit im Fokus stehen sollte; dies bliebe in der praktischen Umsetzung von Videoüberwachung oft ungeklärt. Ganz grundsätzlich solle zunächst auch Konstruktion des Sicherheitsbegriffs hinterfragt werden.

Ob eine der beiden Formen von Sicherheit (oder gar beide) durch eine effektive Videoüberwachung gestärkt werden könne, blieb umstritten. Auch spielte hier der Aspekt

der Messung und Erfassung von Sicherheit und Kriminalität eine wesentliche Rolle, um aussagekräftige, wissenschaftlich fundierte Evaluationsergebnisse in Bezug auf Videoüberwachungsmaßnahmen zu erlangen.

Die Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit und damit einhergehend die Frage nach Freiheit versus dem Meiden von Orten sowie die praktische Umsetzung von theoretischen Empfehlungen stelle eine Schwierigkeit dar, die es in der Zukunft für die Bürger*innen im öffentlichen Raum herzustellen gelte. Der eingangs vorgestellte „Mannheimer Weg“ kann hierfür ein erstes Praxisbeispiel sein.



Recht

Pol-gesetz → Chance für

Datenschutz / IT-Sicherheit

Begriff Unvereinbarkeit

Untersch. Lage d. Ausgestaltung

Untersch. Ausschüßländer

Info-board

prakt. Info-austausch

AUFZK / DHIOL

Klausur-Bekannt-wis d. Politik

Hauptisierung recht. Voraussetzungen

Muster-polizeigesetz

Innovation

Video-Übersprechung - IT -

Innovation durch Kommunikationstechnik Softwareentwicklung

Polizei (Arbeitsbelastung)

Kommune (Sicherheitsgefühl)

Junge Menschen im Raum

Verbesserungen i.S. Datenschutz

Technik als Chance

nur, wenn Rahmenbedingungen

Aufgabe d. Politik

Definieren, fördern, entwickeln

Klartext d. recht. Regelungen

Soe Diss Begleitforschung

Sicherheit

Subj. vs Obj. Sicherheit

Konzeption v. Sicherheit

Evaluation (Prozess + Inhalt)

Effekte "erforschen"

Forschungsstand aufarbeiten

Freiheit vs. Notwendigkeit Offen

Selbstinszenierung im Raum

Ziele genau festlegen

Datenaanalyse + Ermittlung PWS / Dunkelz.

Erfassung d. subj. Sicherheitsgefühl

vs. prakt. Umsetzung

Bekannt-wis d. Sicherheit festlegen (→ Zielbestimmung)

Rationalisierung d. Diskussion

Sicherheit Freiheit